



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

O mein Sohn, schloß die Mutter ihre Erzählung. Warum habt ihr uns das gethan? Ihr habt uns alle schwer gekränkt, nicht am wenigsten jenen Mann. Der hätte wahrlich ein andres Loß verdient.

Ach Mutter, sagte Franz, rede nicht davon. Ich sage mir ja die Wahrheit herber, als du es vermagst. Wir sind hinausgegangen in die Welt ohne Überlegung. Aber wer hätte das denken können? Es ist alles so gut geworden, und doch konnte es auch so anders werden! Wie sehr sind wir betrogen worden! Der Mann, von dem du einen Brief empfangst, und der, wie du sagst, so brav und menschlich zu reden wußte, war unser schlimmster Feind. Möge Gott ihn richten.

Laß ihn, sagte die Mutter begütigend. Ihr seid selbst schuld daran, daß ihr in solche Gesellschaft gekommen seid. Ich habe mir nun folgendes gedacht. Du stellst dich morgen deiner Behörde und erwartest deine Strafe. Ich denke, der König wird gnädig sein. Man hat mir versprochen, ein gutes Wort für dich einzulegen, wenn du freiwillig zurückkäme. Das Mädchen bleibt einstweilen hier. Ihr sollt nun wieder anfangen, eurer Pflichten zu gedenken.

Lucie hatte alles gehört, jedes Wort, und jedes Wort hatte sie wie ein Pfeil getroffen. Ging diese Erzählung sie wirklich an, diese ruhige Geschichte, in der sich alles so wohl fügte und so versöhnend anklang? Einen Augenblick wichen die finstern Wolken von ihrem Herzen, alle Unruhe und Not schien von ihr abzufallen, und Frieden wollte in ihre Brust ziehen. So war also das, was sie heimatlos gemacht hatte, ausgestrichen und getilgt? So konnte sie also noch einmal zurück in ein friedliches Leben? Oder stand doch noch etwas zwischen ihr und dem Glück?

Da sah sie es aus dem Mondschein, dessen bleiches Licht flimmernd über dem Hofe lag, hervorkommen, es floß dahin wie ein Nebel und rann hin und her, immer dichter wurde es, und immer näher wallte es heran. Mit weitgeöffneten Augen blickte sie auf den Schatten, der langsam auf sie zuschwamm. Und das Nebelbild nahm Gestalt an. Ein Haupt bildete sich, und der Körper eines alten Mannes trat hervor. Seine Augen ruhten mit tückischen, bözartigem Blick auf ihr. Sie ließ die Latte, die ihre Hand umfaßt hielt, los, ihr Arm fiel schlaff nieder, und ihre Knie wichen.

Lucie, Lucie! erklang die Stimme des Geliebten, eine Stimme voll Glück und Hoffnung.

Da hob sie die Faust gegen die Nebelgestalt, und mit einem Schrei stürzte sie zu Boden.

(Schluß folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die deutschen Gewerkschaften. Die Anzahl der in den deutschen Gewerkschaftsorganisationen vereinigten Mitglieder wird für das Jahr 1892 von Legien, dem Führer der Bewegung, auf 244 934 in 57 Hauptverbänden und 3959 Zweigvereinen berechnet. Die Mitgliederzahl erreicht mithin noch nicht den vierten Teil der in Unionen vereinigten englischen Arbeiter, die nach der amtlichen

Schätzung in der Labour Gazette auf dem diesjährigen Septembertongress zu Belfast mit rund 1000000 Mitgliedern vertreten gewesen sind. Das Mißverhältnis ist zwar schon durch das höhere Alter der englischen Unionen erklärt. Auch sind diese erst infolge der grausamsten Bedrückung der englischen Industriearbeiter, dafür aber mit weit zäherer Lebenskraft geboren worden, als die mehr künstlich geschaffnen deutschen Vereinigungen. Dazu kommt, daß die angelsächsische Klasse mit ihrem kühl berechnenden Verstand, der die Vorteile des Zusammenschlusses besser erkennt, opferwilliger und disziplinierter ist, während ihre deutschen Vettern unausgesetzt über Laubheit, Egoismus, kleinliche Eifersüchteleien und Statutenzänkereien zu klagen haben. Das sind Dinge, die es vielleicht niemals dazu kommen lassen werden, daß die Arbeiterorganisationen in Deutschland die gewaltige Stellung im wirtschaftlichen Leben der Nation einnehmen, den sie erst dieser Tage wieder in England mit der siegreichen Durchführung des großen Kohlenstreiks behauptet haben. Das sind aber auch Dinge, die nur die Arbeiter selbst angehen. Was sie in England seit 1852 nach außen durchgesetzt haben, und was die deutschen Arbeiter heute noch vergeblich erstreben, ist, daß der Staat, daß die bürgerliche Gesellschaft ihren Vereinigungsbestrebungen keine Hindernisse in den Weg lege. Obwohl ihnen § 152 der Gewerbeordnung die Koalitionsfreiheit gewährleistet, ist es den deutschen Gewerkschaften durch die Gesetzgebung der meisten Bundesstaaten noch unmöglich gemacht, sich von Verein zu Verein mit einander in Verbindung zu setzen. Ebenso hartnäckig wird ihnen das Recht der juristischen Persönlichkeit verweigert, d. h. das Recht, auf den Namen der einzelnen Vereine Vermögen zu erwerben, in eigenem Namen zu klagen oder verklagt zu werden. Wie wichtig diese Rechte sind, beweist, daß erst von ihrer Erlangung ab die englischen Unionen ihren großartigen Aufschwung genommen haben.

Werden die deutschen Regierungen wenigstens jetzt, nach der bedeutungsvollen Auseinandersetzung der deutschen Gewerkschaftsbewegung mit der offiziellen deutschen Sozialdemokratie auf dem Kölner Kongresse, den Mut finden, diesen geringfügigen Forderungen gerecht zu werden? Wohl gemerkt, die Gewerkschaften fordern vom Staate keinen Pfennig, sie rufen nicht nach Schutzzoll, sie agitiren weder für noch gegen die Handelsverträge, sie wollen keinerlei Zwangsmaßregeln gegen irgend jemand, sie erklären auch ihren sozialdemokratischen Freunden: euer Zukunftsstaat ist zwar sehr schön und gut, da er aber morgen und wahrscheinlich auch übermorgen noch nicht ins Leben treten wird, so wollen wir uns heute lieber noch im Gegenwartstaat einzurichten suchen. Sie wollen weiter nichts, als daß ihnen der Staat den leeren Rahmen giebt, den sie mit der Verfolgung rein wirtschaftlicher Interessen auszufüllen wünschen, daß man ihnen gegenüber den Regierungsgrundsatz verwirklicht, den manche für den weisesten von allen halten: dem Bürger zur Selbsthilfe zu helfen. In China sagt man den Mandarinen nach, daß ihnen die Selbsthilfe in jeder Form ein Greuel sei. Entweder sollen ihre Untertanen mit hoher obrigkeitlicher Bewilligung glücklich sein, oder sie sollen es gar nicht sein. Von der deutschen Bürokratie erwarten wir die Einsicht, daß gerade die Bestrebungen, denen sich die Arbeitergewerkschaften widmen, entweder überhaupt nicht oder doch nur im äußersten Notfalle Sache des Staates sind. Die höchsten Löhne, die kürzeste Arbeitszeit zu erringen ist eine Angelegenheit, die die Arbeiter ganz allein mit den Unternehmern abzumachen haben. Zur Beseitigung der Frauen- und Kinderarbeit wird es zwar vereinst eines Machtworts des Staates bedürfen. Es kann aber nicht eher gesprochen werden, als bis das Einkommen des verheirateten Lohnarbeiters so hoch gestiegen sein wird, daß es für sich allein

zum Unterhalt der Familie hinreicht. Erschwert der Staat durch seine Vereinsgesetzgebung die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, gebraucht er wohl gar seine Gewalt als Arbeitgeber dazu, die Gewerkschaften, Rechtsschutzvereine u. dgl. durch Arbeitsentlassungen zu unterdrücken, so bringt er sich in den Verdacht, für die Unternehmer und gegen die Arbeiter Partei zu ergreifen, und läuft Gefahr, der „Kommiss der besitzenden Klassen“ gescholten zu werden. Wir wollen auf die Unparteilichkeit unsrer höhern Beamtenschaft nichts kommen lassen. Dann kann aber nur eine Art instinktiven Widerwillens gegen die Selbsthilfe oder die Befürchtung, die entfesselten Kräfte möchten sich gegen den Staat selbst kehren, die Regierungen verhindern, den Gewerkschaften freie Bahn zu gewähren. Es steht jedoch nichts entgegen, den Gewerkschaften gesetzlich zu verbieten, eigentliche Politik zu treiben. So hat es z. B. das vortreffliche französische Syndikatsgesetz vom Jahre 1884 gehalten. Andererseits ist die Beschränkung der Vereinigungsfreiheit und das Vorhalten der Vermögensrechte zwar genügend, den Gewerkschaften das Leben schwer zu machen, aber doch auch wieder nicht hinreichend, ihnen das Lebenslicht gänzlich auszublauen, in bewegten Zeiten aber, gegen Angriffe auf den Bestand des Staates, nur ein papierner Wall. Dann ist nur eine strenge, aber nicht kleinliche Handhabung des allgemeinen Strafgesetzes und als ultima ratio das kleinkalibrige Gewehr wünschenswert.

Nach den Erfahrungen des letzten sozialdemokratischen Kongresses und seinen Nachklängen in der Presse und in Versammlungen sollte daher ein weitblickender, über die Vorurteile des Polizeiregiments erhabener Staatsmann nicht länger zögern, den deutschen Gewerkschaften die in England und Frankreich ihnen längst gewährten Rechte zuzugestehen. Es ist begründete Aussicht, daß diese Maßregel einen beträchtlichen Teil der Sozialdemokratie auf den Boden praktischer Arbeit an der Verbesserung ihrer Lage zurückführen werde. Wenn es überhaupt möglich ist, einen Stamm von Arbeitern heranzuziehen, die, um mit dem Grafen Eulenburg in dem jüngst veröffentlichten Rundschreiben zu reden, „besonders geeignet sind, der sozialdemokratischen Agitation im persönlichen Verkehr, namentlich in den Werkstätten und auf den Arbeitsplätzen entgegenzuwirken,“ so kann es nur dadurch geschehen, daß der Staat zuvor ihr Vertrauen gewinnt, indem er berechtigten Beschwerden abhilft, soweit er irgend dazu imstande ist. Vertrauen kann aber bekanntlich nur durch Vertrauen gewonnen werden. Die Lage ist jetzt um so hoffnungsvoller, als die staatszerhaltenden Gesinnungen diesmal von der thatkräftigen Jugend der Partei ausgehen, die damit zu ihren alten verbitterten revolutionären Führern in entschlossenen Gegensatz tritt. Auch die Zeit des herrschenden wirtschaftlichen Niedergangs ist günstig. Die Verleihung jener Rechte würde natürlich die Macht der Organisationen zunächst bedeutend steigern und würde sie in Zeiten steigender Konjunkturen zu einer übermütigen Kraftprobe verführen. Leider ist die Besserung der Geschäfte heute noch in weitem Felde. Bis sie wirklich eintritt, werden die Gewerkschaften auch wieder verständiger geworden sein. Daß die Lohnkämpfe künftig ganz vermieden werden könnten, glauben wir natürlich nicht. Aber sie werden statt des wilden Guerillakrieges in den Formen der Lineartaktik ausgefochten werden. Welche von beiden Kampfweisen als die langwierigste und verwüstendste gilt, ist bekannt. Inzwischen zeigt die schon erwähnte, von der englischen Regierung herausgegebene Labour Gazette, welchen Nutzen der Staat für statistische Zwecke, überhaupt für eindringende Kenntnis von dem Leben und den Bedürfnissen der arbeitenden Klassen sowie von der Lage des ganzen Gewerbes aus dem Bestehen gut organisierter, lebenskräftiger Gewerkschaften zu ziehen vermag.

Die Gefindenot. In unsern Auffäßen über die Landarbeiterfrage ist nicht besonders von der Gefindenot die Rede gewesen, und doch verdient auch der Gefindemangel Beachtung; ist er doch die einzige Erscheinung im Reiche, auf die man sich mit einem Scheine von Recht berufen kann, wenn man den Mangel an Arbeitsgelegenheit bestreiten will, denn sie tritt auch in Gegenden hervor, die nicht, wie einige Kreise der östlichen Provinzen, künstlich entvölkert worden sind. Die bekannten „psychologischen Momente“ hätten für sich allein die Gefindenot sicherlich nicht erzeugt. Was soll denn das heißen, die Leute strömten in die Stadt, um dort „ungebundner“ zu leben? Wo lebt man denn ungebundner als auf dem Lande? Bei der ländlichen Arbeit bewegen sich die Leute viel freier als in der Fabrik; wenigstens gilt das vom bäuerlichen Gesinde, hinter dem kein Wirtschaftsinspektor mit der Keitpeitsche steht. Was insbesondere den geschlechtlichen Verkehr anlangt, an den man ja doch bei den Worten Ungebundenheit und Zügellosigkeit vor allem denkt, so haben in diesem Stück die Knechte und Mägde in allen deutschen Landschaften von den Alpen bis an die Eider mindens „so gut“ wie die Fabrikarbeiter der Großstädte und Industriebezirke, nur daß freilich der Pferdejunge von den Mägden ausgelacht und von den Knechten durchgewalzt wird, wenn er mitthun will, denn auf Rangordnung und Altersunterschiede halten sie noch auf dem Dorfe. Die Arbeitszeit ist allerdings im Sommer sehr lang, jedoch bei Arbeiten, die nicht unangenehm sind und meistens in fröhlichster Stimmung verrichtet werden, und dafür können die Leute im Winter ausruhn und ausschlafen. Insofern allerdings hat sich die Lage der Leute seit einigen Jahrzehnten verschlimmert, als ihnen ihre Erholung verkürzt wird. Volkstümliche Vergnügungen werden vielfach als „grober Unfug“ verboten, Tänze im Freien und auf der Tenne giebt's nicht mehr, das Tanzen im Kretscham wird nur vier- oder sechsmal im Jahre gestattet, und der Bauer ist zu vornehm geworden, um den Knechten und Mägden für ihre Unterhaltung an Winterabenden eine Stube zur Verfügung zu stellen. Aber so weit geht der Verdruß über diese ungünstige Änderung gewiß nicht, daß er einen Knecht bestimmen könnte, in eine Spinnfabrik zu kriechen, einen Knecht, der seinem Herrn den Haber stiehlt, um seine Lieblinge rund und fett zu füttern, und der stolz wie ein König auf dem Bocke sitzt, wenn er des Sonntags mit seinem prächtigen Gespann den Herrn zur Kirche fährt oder im Winter in wilder Schlittenjagd über den Schnee dahinknallt; nein, so dumm ist kein Knecht! Eine Rutschertelle bei einer Stadtherrschaft allerdings, die verschmäht er nicht, und zu einer solchen verhilft ihm oft genug das Militär. Die moderne Abneigung endlich gegen das Dienen überhaupt hat sich nur dort eingemischt, wo das Land schon ganz mit städtischen Elementen durchsetzt ist, und wo es gar keine richtige Bauernschaft mehr giebt; den Bewohnern rein ländlicher Bezirke ist diese Empfindung des „freien Staatsbürgers“ fremd; freilich schrumpfen diese Bezirke immer mehr zusammen.

Ein wenig anders steht es beim weiblichen Geschlecht. Hier handelt es sich nicht um das Staatsbürgerbewußtsein, das dem freien Manne verbietet, ein Herrenknecht zu werden, sondern um die Eitelkeit; das Mägdlein will eine Dame werden, wie die ihr bekannten „Fräuleins“ aus der benachbarten Stadt, und darum greift sie nach der Filettnadel und zieht zum Ausgehen Handschuhe an; eine Hand aber, die einmal Glaceehandschuhe getragen hat, rührt keine Mistgabel mehr an.

Indes das alles sind doch nur Mitursachen; die Hauptursache ist, daß der Stand zusammenschmilzt, aus dem das Gesinde hervorgeht. Ehedem war das der Bauernstand insgesamt. Jeder Bauer mußte gewärtig sein, daß einige seiner Kinder zum Gesindedienst auf dem Hof gezwungen wurden, und auch ungezwungen

gingen die Söhne und Töchter des kinderreichen Bauern zu andern Bauern in Dienst, die wenig Kinder hatten. Dieses wechselseitige Dienen, diese Gewohnheit des jungen Bauern, sich in den Stellungen des Ochsenjungen, Pferdejungen, Klein- und Großknechts auf die Bewirtschaftung des väterlichen Gutes vorzubereiten, hat auch nach Aufhebung der Leibeigenschaft noch fortgedauert, so lange, als die Landleute einen einzigen Stand bildeten und sich alle unter einander duzten. Aber in der Mitte des Jahrhunderts begann die Differenzierung, die jetzt so ziemlich vollendet ist. Der größere Bauer ist ein vornehmer Herr geworden, der in seiner Equipage fährt, nicht mehr mit dem Gesinde speist, auch nicht mit arbeitet, sondern nur noch „als Betriebsleiter fungirt.“ Zur Kirmeß wird ein Koch oder eine Köchin aus der Stadt bestellt, und die Gäste werden mit einem „Menu“ bewirtet. Bei einer Bauernhochzeit in der Nähe meines Wohnorts waren vierzig Personen zu Tisch, und das Gedeck war beim Gastwirt zu sechs Mark bestellt; der Wein entsprach dem Essen. Diese Hochzeit hat aber nicht etwa Aufsehn erregt, es war nur das gewöhnliche, ich erwähne sie nur, weil ich zufällig von einem Bekannten, der mit dabei war, die Einzelheiten erfahren habe. Zur Ausstattung bekommen die Bauentöchter die feinste gestricke Wäsche in zahlreichen Duzenden. Die Frauen sind meistens noch nicht ganz „Dame,“ aber sie bemühen sich, ihre Töchter dazu zu machen. Kommt da neulich so ein Weiblein mit breitbändriger Kappe in einen Putzmacherladen, sieht sich spähend um und fragt dann: „Wos kost denn su a Hutt?“ Der wird Ihnen wohl zu teuer sein; vierundzwanzig Mark; es ist eine Straußfeder drauf. „Nu, do war ich 'n nahmen. Ich hoa der Tochter — se ies sechzen Johr — a Kleed vo bloem Sonnte gekost, do gehiert doch o a schiener Hutt derzu.“ Die Söhne dieser Herren besuchen ein paar Gymnasialklassen oder wenigstens die landwirtschaftliche Winterschule, und würden gleich ihren Eltern die Zinmutung, als Ochsenjunge in Dienst zu treten und bis zum Großknecht aufzusteigen, als Beleidigung empfinden. Das also sind die eigentlichen Bauern. Die Zahl der kleinen Besitzer aber, die noch Gesinde stellen, schmilzt zusammen; eben durch den Ankauf von eingestreuten Ackerstellen werden die großen Wirtschaften immer größer. Und bei dieser Lage der Dinge mag allerdings die Stimmung einwirken; mancher Häusler wird seinen Sohn lieber zum Handwerker in die Lehre geben oder in die Fabrik schicken, als daß er ihn beim Nachbar Bauer in Dienst treten ließe, den er in der Jugend als seinesgleichen zu behandeln pflegte, und der nun als großer Herr auf ihn herabsteht. So wird also das Rekrutierungsgebiet des Gesindes von beiden Seiten mehr und mehr eingeengt. Natürlich steigert das verminderte Angebot den Preis, und alle Berichte stimmen darin mit einander sowie mit unsern persönlichen Erfahrungen überein, daß es unter allen ländlichen Arbeiterklassen das bäuerliche Gesinde am besten hat. Als übertrieben kann die Lohnsteigerung trotzdem nicht bezeichnet werden. In der Gegend, die ich im Auge habe, ist in den letzten vierzig Jahren der Lohn des Großknechts von 60 auf 180, der der Großmagd von 32 auf 100 Mark gestiegen. Da die freie Station bei guter Kost doch auf mindestens 200 Mark geschätzt werden muß, so haben wir also eine Steigerung von 260 auf 380 und von 232 auf 300 Mark, d. h. von ungefähr 40 Prozent. Es mag sein, daß verschuldete Bauern diesen höhern Lohn nicht zahlen können, aber überschuldeten Gutsbesitzern, mögen sie nun Ritter oder Bauern sein, ist eben nicht zu helfen. Auch daß sich ein Knecht besser steht als ein kleiner Besitzer, kann nicht als Beweis für eine besondre Notlage angesehen werden; bei sehr geringen Mitteln ist das Leben des selbständigen Unternehmers in allen Berufsarten beschwerlicher als das des Lohnarbeiters.

Übrigens darf man die Klage, daß es „kein Gefinde mehr“ gebe, nicht tragischer nehmen als die Beteuerung vieler Kaufleute, daß sie an ihren Waren „rein nichts“ verdienten. Wie in diesem Falle das „nichts“ ein kleines etwas bedeutet, so ist mit dem „kein“ im andern Falle nur gemeint, daß das Angebot viel zu schwach ist, als daß an Lohndruck gedacht werden könnte, und daß ein Herr, der sein Gefinde schlecht behandeln wollte, schwer welches finden würde. Wer das Landesübliche ohne Umstände zahlt und sich nicht unangenehm macht, der hat stets Gefinde genug, und zuverlässiges dazu. Züngst war ich bei einem Bauer, dessen Wirtschaft als eine Musterwirtschaft gilt, und der seit dreißig Jahren eine Rolle im Kreise spielt. Wir kamen aufs Spazierengehen zu sprechen, und ich bemerkte, das habe er nun nicht nötig, im Sommer wenigstens nicht. „Wie so?“ fragte er. Nun, da laufen Sie doch den ganzen Tag auf dem Felde herum! „Nicht doch,“ erwiderte er lachend, „ich sitze den ganzen Tag an meinem Schreibtisch. Den Leuten gebe ich an, was sie zu machen haben, und der Großknecht leitet die Ausführung.“ Machen denn die Leute alles richtig? fragte ich. „Was angeordnet ist,“ erwiderte er, „das machen sie auch. Natürlich muß man hie und da einmal nachsehn, und bemerkt da wohl einen Fehler; ist's ein kleiner, so überfieht man ihn, denn über jede Kleinigkeit reden, das taugt nichts; ist's ein bedeutender, so rügt man ihn.“ Nebenbei bemerkt: wie die ordentlichen und tüchtigen Bauern nicht übers Gefinde oder Gefindemangel klagen, so klagen sie auch nicht über die Not der Landwirtschaft. Natürlich wären ihnen hohe Getreidepreise*) lieber als niedrige, und niedrige Gefindelöhne lieber als hohe, aber daß sie bei den jetzigen Preisen und Löhnen zugrunde gehen müßten, davon wissen sie nichts, wenn es ihnen nicht gesagt wird. Gesagt wird es ihnen nun freilich, und sie treten ja auch dem Bunde der Landwirte bei, „weil man doch eben mitmachen muß, wenn was los ist,“ wie die rührigern sagen, und weil es thöricht wäre, den gnädigen Herrn Baron abzuweisen, wenn er so freundlich mit einem redet und die größten Vorteile verspricht. Aber was die Herren vom Bunde zusammenreden und schreiben, das würde nie aus eines Bauern Munde oder Feder kommen. Hat doch der eine geschrieben: wenn uns die Regierung nicht zu Willen ist, dann müssen wir alle Sozialdemokraten werden! Ein zweiter fordert Prohibitivzölle fürs Getreide und meint: die Städter würden dann wohl einen Aufstand erregen, aber „den schlagen wir eben nieder.“ Und ein dritter hat jetzt eben aufs neue die Parole: fort mit Caprivi! ausgegeben und die Bundesbrüder aufgefodert, ihm das Regieren so schwer wie möglich zu machen. Eine alte Bäuerin sagte dieser Tage: „Manche klagen zwar, aber ich weiß nicht, was die Leute wollen; das Futter ist freilich knapp, aber sonst ist die Ernte doch gut; wir haben ja schon viel schlechtere Jahre gehabt.“ Diese Leute sind noch so naiv, die Jahre mit guten Ernten gute und die mit schlechten Ernten schlechte Jahre zu nennen.

Zur Vorbildung der Eisenbahnbeamten. Unter dieser Überschrift hat der Eisenbahndirektor de Terra in Schmollers Jahrbuch eine Studie veröffentlicht, die der Regierung nicht dringend genug zur Beachtung empfohlen werden kann. Es heißt darin: „Mit dem Überwiegen der wirtschaftlichen Aufgaben und Thätigkeiten der Eisenbahnverwaltung steht die gegenwärtige, in der Hauptsache formal juristische Vorbildung ihrer administrativen höhern Beamten nicht im Einklang.

*) Die Preise für Fleisch, Milch und Butter sind hoch, die für Eier so hoch wie noch nie, die für Kartoffeln nicht gerade niedrig; nur Roggen ist billig, und Weizen ist sehr billig.

Ganz abgesehen davon, daß gegen die Art des heutigen juristischen Studiums [oder Nichtstudiums] an sich von sachkundiger und berufener Seite schwer wiegende Bedenken erhoben worden sind, haben seit langer Zeit hervorragende Fachmänner und Gelehrte, bisher leider vergeblich, darauf hingewiesen, daß eine rein oder überwiegend juristische Vorbildung keineswegs geeignet sei, Beamte für den höheren Verwaltungsdienst heranzubilden, dessen vorwiegend wirtschaftlichen Aufgaben gerecht zu werden.“ Der Verfasser schließt sich demnach einem Gutachten des vortragenden Rats im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Ulrich, an, wonach für den Verwaltungsdienst eine besondere Vorbildung geschaffen werden müsse, aber er will nicht, daß die Eisenbahnbeamten gemeinschaftlich mit den übrigen Verwaltungsbeamten vorgebildet werden, sondern fordert für sie eine besondere Fachbildung, abweichend von Ulrich, der es dabei belassen möchte, daß nur die Beamten der Forst- und der Bergverwaltung einer solchen teilhaft werden; die Gründe, die Ulrich gegen die Abzweigung der Vorbildung für den Eisenbahndienst anführt, werden von de Terra ausführlich widerlegt.

Der zweite Teil der Arbeit beschäftigt sich mit den mittlern und untern Beamten des Fachs, und hier stellt er nun die verheerenden Wirkungen dar, die die Nötigung anrichtet, „vorzugsweise, zum Teil ausschließlich zivilberechtigte Militärpersonen“ im Eisenbahnbetrieb zu verwenden. Nach seiner Ansicht — er begründet sie ausführlich — schadet die Praxis der Militärverwaltung, sich die erforderliche Zahl von Unteroffizieren durch die Aussicht auf Zivilversorgung zu verschaffen und so einen Teil der Militärkosten auf die übrigen Verwaltungszweige abzuwälzen, dem Heere nicht weniger als den verschiedenen Zweigen der Zivilverwaltung, unter denen allerdings die Eisenbahnverwaltung am meisten zu leiden habe. Die Kritik wird durch positive Vorschläge sowohl für die Eisenbahnverwaltung wie für die Heeresorganisation ergänzt. Die Bedeutung der in diesem zweiten Teile entwickelten Gedanken geht weit über den Bereich des in Rede stehenden Fachs hinaus. Möchten doch die großen Zeitungen von ihrer löblichen Praxis, wichtige Abhandlungen der Fachzeitschriften vollständig oder auszugs- oder bruchstückweise abzudrucken, auch in diesem Falle Gebrauch machen, um diesen Reformplänen den Beistand der öffentlichen Meinung zu sichern!

Die Lebensversicherungen und die besitzlosen Klassen. Die deutschen Lebensversicherungsgesellschaften wachsen von Jahr zu Jahr an Zahl und Bedeutung, und der unermülich deklamierende Versicherungsagent, der durch seinen Phrasenschwall sein Opfer zur Verzweiflung bringen kann, ist schon so populär geworden, daß er mit Erfolg als ständige Poffenfigur benutzt wird. Und doch bietet die Gestalt des Agenten zur Heiterkeit eigentlich wenig Anlaß; denn unter dem harmlos erscheinenden komischen Mäntelchen birgt sich der Pferdefuß der Volksausbeutung.

Man verstehe mich nicht falsch; ich gebe gern zu, daß durch die Lebensversicherungen manches zur Bekämpfung sozialer Übel geschehen kann: v. Schorlemer-Mst bezeichnete sie in der „Versammlung katholischer Edelleute Deutschlands“ als wirksames Mittel zur Erhaltung der Majorate; auch in mittlern Beamtenkreisen läßt sich die segensreiche Wirkung der Lebensversicherungen nicht verkennen, weil diese Klassen durch ihre Schulbildung vor Übervorteilung geschützt sind.

Ein andres Bild zeigt sich aber bei den Gesellschaften, die ihre Mitglieder in den tiefen Volksschichten, beim kleinen Beamten, Handwerker und Arbeiter suchen. Züngst kam zu mir Hilfe suchend ein Schuhmacher, der mir folgendes erzählte.

Vor einem Vierteljahr redete ihm ein Agent dringend zu, er solle doch einen seiner Enkel versichern lassen; er brauche wöchentlich „nur“ sechzig Pfennige zu zahlen. Um endlich vor dem Deklamator Ruhe zu haben, verpflichtete sich der Schuster durch seine Unterschrift zum Eintritt, ohne vorher die Statuten gelesen zu haben! Er entrichtete denn auch mehrere Wochen seinen Beitrag. Als aber der älteste Sohn, der bis dahin die Stütze der Familie gewesen war, zum Militär ausgehoben und eingezogen wurde, da wollte auf dem berühmten „goldnen Boden des Handwerks“ nicht einmal das kärgliche tägliche Brot mehr wachsen, geschweige denn ein Pfennig für Versicherungszwecke. Der Schuster zeigte deshalb seinen Austritt an, erfuhr aber zu seinem Schrecken, daß er „statutengemäß“ zur Strafe zwei Jahresprämien (!) zahlen müsse, d. h. sechzig Mark, ohne die Zinsen.

Die Bestimmung wäre einigermassen berechtigt, wenn der betreffenden Anstalt, die sich „Volkversicherung der Viktoria“ nennt, aus der Aufnahme eines Mitgliedes irgend welche Kosten erwüchsen. Dies ist aber, wie ich nachträglich aus den Statuten sehe, durchaus nicht der Fall; denn die Kinder (es handelt sich hier um eine Kinderversicherung) werden ohne jede ärztliche Untersuchung aufgenommen, und die „Mühwaltung“ des Agenten wird durch die Eintrittsgebühr (1 Mark 20 Pfennige) hoch genug bezahlt. Mit welchem Recht preßt man also dieses Blutgeld heraus? Der erzählte Fall wiederholt sich hundertfach, da die Gesellschaft nur in unbemittelten, geschäftlich unerfahrenen Kreisen ihre Profiten sucht!

Beweis: die höchste Versicherungssumme beträgt 1500 Mark!

Wie diesem Treiben, das ich in eine Reihe mit dem Geldwucher stelle, Einhalt geboten werden kann, weiß ich zur Stunde noch nicht, aber geschehen muß es.

E. f.

Nochmals die Postdirektoren. In Heft 38 der Grenzboten ist die Stellung der Postdirektoren im deutschen Reich einer Betrachtung unterzogen, die manches Zutreffende hat, in wesentlichen Punkten aber auch Irrtümer birgt. So ist es z. B. nicht richtig, wenn angenommen wird, daß zu Postdirektoren teils die unfähigern Beamten, teils solche Beamte ausersehen würden, die irgend etwas auf dem Kerbholz haben, oder die sich durch irgend etwas das Mißfallen ihrer Vorgesetzten zugezogen haben; solche Beamte werden entweder überhaupt nicht zu Postdirektoren, oder wenigstens doch nur zu Vorsteherstellen kleiner Postämter befördert. Ferner ist es unzutreffend, wenn es heißt, daß die Beförderung zum Postinspektor eine Sprosse auf der Stufenleiter zu höhern Stellungen: Postrat, Oberpostdirektor, Geheimer Postrat u. s. w. bilde. Die meisten Postinspektoren werden nach vier, fünf und sechs Jahren zu Postdirektoren befördert und dann meistens erst mit der Verwaltung eines Postamts mittlern Umfangs (Gruppe 2) betraut. (Es bestehen etatsmäßig drei Gruppen von Postämtern erster Klasse, mit verschiedenen Gehaltsätzen.) Die Postdirektoren der ersten Gruppe beginnen, wie die Posträte, mit einem Gehalt von 4200 Mark und bilden gewissermaßen eine Parallellasse zu den Postvätern, wie denn auch den meisten bereits der Rang der Räte vierter Klasse beigelegt worden ist. Daß ein Teil der Postinspektoren statt zu Postdirektoren zu Postvätern befördert werden muß, ist ja ganz natürlich, da es sonst sehr bald an Räten des Oberpostdirektors und an Ersatz für ausscheidende Oberpostdirektoren fehlen würde. Leider aber kann gegenwärtig nur etwa jeder fünfte Postrat nach einer Reihe von Jahren zum Oberpostdirektor aufrücken, während die übrigen zeit lebens in ihren Stellungen bei den Oberpostdirektionen verbleiben müssen, gewissermaßen also „kaltgestellt“ werden. Ob dies einen Reiz für diese Beamten bilden

kann, lassen wir unerörtert; jedenfalls ist die Stellung eines Postdirektors selbständiger.

Von den Anarchisten. Der Beschluß des Pariser Gerichts, das Bild des Buben, der den serbischen Gesandten angefallen hat, nicht der Öffentlichkeit preiszugeben, ist sehr erfreulich. Erstens als eins von den Zeichen, daß man endlich gewillt ist, sich in Verteidigungsstand zu setzen gegen die über alle Länder verzweigte Mordbrennerbände, die beansprucht, als politische Partei zu gelten, weil sie sich das von Halbverrückten erfundene Schlagwort Anarchist angeeignet hat. Es war aber auch die höchste Zeit. Über uns ist ein Kriegszustand hereingebrochen, wie ihn die Welt noch nicht gekannt hat, und auch hartgesottene Doktrinäre werden zugeben müssen, daß die für friedliche Verhältnisse gemachte Gesetzgebung auf Menschen nicht anwendbar ist, die mit viel größerem Recht als die Kannibalen den Namen Wilde verdienen. Mit dem Franktireur, der doch seinem Vaterlande zu dienen meint, wird kein Federlesens gemacht, und viel feigere, viel heimtückichere, viel gefährlichere Mordgesellen, die der ganzen Gesellschaft den Krieg machen, sollen eine andre Behandlung verdienen? Es sollte länger geduldet werden, daß dieser Krieg in Wort und Schrift gepredigt wird? Will man die Rotte Wahnsinnige nennen, immerhin, aber Wahnsinnige müssen unschädlich gemacht werden, und wir haben nicht Tollhäuser genug für das Anarchistengefindel.

Wie die Seuche entstanden ist, läßt sich leicht nachweisen, und die jetzt am meisten bedrohte Bourgeoisie hat vollen Grund, sich an die Brust zu schlagen. Wie das ancien régime vor der großen Revolution spielte sie, als sich das Entsetzen über die Pariser Greuel abgeschwächt hatte, mit den gefährlichsten Grundrissen. Die Bluthunde von 1793 wurden „tugendhafte“ Männer, lächelnd folgte man der raffiniertesten Kritik aller Grundlagen der menschlichen Gesellschaft, bewunderte die eiteln, vorwiegend semitischen Schriftsteller, die in solcher Kritik ihren Scharfsinn leuchten ließen, und die materialistische Weltanschauung fand die begeistertste Zustimmung in den Kreisen der Gebildeten und Besitzenden. Alle die neuen Lehren sollten nur Waffen gegen die Übermacht der Staats- und Kirchengewalt sein, allein durch tausend Kanäle drangen sie rasch genug in die Massen, die ihnen ganz andre Deutungen gaben. Und wird nicht fort und fort in die Köpfe der Halb- und Ungebildeten und Besitzlosen die ärgste Verwirrung getragen?

Auch diesen Punkt berührt der erwähnte Entschluß. Wir thun uns etwas darauf zu gute, daß die Geschichten vom Schinderhannes und Rinaldo Rinaldini nicht mehr unter die Volksbücher eingereiht werden, aber eine viel schlimmere, alle Rechtsbegriffe untergrabende Lektüre wird fast täglich in unzähligen Blättern aufgetischt. Aus den nur auf den Lesepöbel berechneten Wischen hat sich eine ganz verwerfliche Behandlung von Gerichtsverhandlungen nach und nach in große Zeitungen eingeschlichen, und die Zahl der publizistischen Organe, die auch in dieser Beziehung ihrer Würde eingedenk bleiben, wird immer kleiner. Alltäglichere Fälle werden wie Possenszenen dargestellt, Angeklagte und Zeugen lächerlich gemacht, und es ist vorgekommen, daß zu dem Zwecke ganze Gerichtsverhandlungen erfunden wurden, wenn kein brauchbarer Stoff vorlag. Jeder Kriminalfall aber ist ein Fest für die niedrigste Reportergattung. Alle Umstände des Verbrechens werden aufs allergenaueste berichtet, Lokalität und Mordwerkzeuge haarklein beschriebenen, womöglich abgebildet, der Verbrecher ist der Held des Tages, bis er von einem neuen abgelöst wird. Es ist möglich, daß dann und wann die Zeitungsnotizen zur Entdeckung des Thäters beitragen, öfter werden sie dazu dienen, diesen davon zu unterrichten, ob die Po-

lizei auf der richtigen Spur ist oder nicht. Und unter keinen Umständen sollte man uns einreden wollen, daß die Mitteilungen im Interesse der Rechtspflege gemacht werden. Es gilt, den Heißhunger des dummen Teils des Publikums gleichzeitig zu stillen und neu zu reizen. Dann kommt die Prozeßverhandlung, bewährte Berichterstatter werden an Ort und Stelle geschickt, und ihnen entgeht kein „packendes, sensationelles Moment.“ Der Leser erfährt ganz genau, mit welcher Schlaueit der Verbrecher zu Werke gegangen ist, und welches Versehen er hätte vermeiden müssen, um nicht entdeckt zu werden; die Reden frecher Verteidiger, die für jede Schändlichkeit Entschuldigungen bereit haben, werden wörtlich abgedruckt u. s. w. In dem vorliegenden Falle wird darauf hingewiesen, daß der Zeitungsrühm auch für Verbrechernaturen etwas berauschendes hat. Aber diese Art der Berichterstattung wird zur förmlichen Schule für verkommene Subjekte.

Dieser Zusammenhang lag längst klar vor Augen, doch war der Respekt vor den sogenannten Organen der öffentlichen Meinung viel zu groß, als daß man gewagt hätte, den Unfug zur Sprache zu bringen. Jetzt ist es geschehen, und wir dürfen hoffen, daß es nicht bei diesem ersten schüchternen Versuche sein Bewenden haben, und daß das Beispiel des republikanischen Frankreichs Nachfolge finden werde. In den Händen der Presse liegt es, zu verhindern, daß die notwendigen Schutzmaßregeln zur Beeinträchtigung einer verständigen Pressfreiheit ausfallen. Vielleicht werden die Geschäftsblätter, denen der Skandal jeder Art willkommen ist, wenigstens durch die Erwägung, daß die Bombenwerfer auch einmal Redaktionspaläste zum Ziele wählen könnten, sich zu einiger Enthaltbarkeit bestimmen lassen. Sollten sie jedoch auch bei den gegenwärtigen Zeitläuften an dem ebenso unpassenden, wie beliebten Vergleich der Presse mit dem Speer, der die Wunde wieder heilt, festhalten, so werden sie sich nicht beklagen dürfen, falls die Zügel etwas zu straff angezogen würden.

Ein enyftischer Dichter. In Wien hat man entdeckt, daß zu wenig Bücher in deutscher Sprache erscheinen, und deshalb hat sich eine Anzahl bekannter und unbekannter Herren zusammengethan, um unsterbliche Werke, die keinen Verleger finden, drucken zu lassen und nach dem Muster des Vereins für deutsche Litteratur, der in Berlin ein beschauliches Dasein führt, zu verbreiten. Der Anfang soll mit einer Schöpfung einer Frau v. Suttner gemacht werden, die sich vorgenommen hat, die kampffrohen Germanen durch Romane einzuschläfern. Der Generalsekretär, also wohl die Seele der neuen Gesellschaft, nennt sich Fritz Lemmermeyer. Man hüte sich wohl vor der Frage: „Wer ist Lemmermeyer?“ denn sie würde einen argen Mangel an Bildung verraten. Herr Lemmermeyer hat sich nämlich, wie wir durch eine Buchhändleranzeige erfahren, durch verschiedene Schriften „rühmlichst“ bekannt gemacht und soeben eine Gedichtsammlung herausgegeben, „ernste schicksalsvolle (!) Weisen von edler Lebensauffassung zeugend“ [österreichisch für „zeugend“] u. s. w.; „manche der Gedichte haben einen enyftischen und symbolistischen Charakter.“ Hier gestehen wir rückhaltlos unsre Unbildung ein. Hängt enyftisch mit der Kriegsgöttin Enyo oder mit dem Enystron, dem vierten Magen der Wiederfäuer, zusammen? Oder mit *Evodos*, wässerig? Oder sollte der Verfasser der Ankündigung, der dem Verfasser der Gedichte sehr nahe stehen dürfte, undeutlich schreiben und „myftisch“ gemeint haben? Wer kanns wissen! Vielleicht bringt uns die Wiener Gesellschaft eine neue enyftische Dichterschule, deren Schöpfungen von „durchaus eigenartiger und reicher Individualität“ — zeigen.